

## Zentrum und Peripherie in Wissenschaft und Kultur *Hannes Androsch*

Das Spannungsverhältnis zwischen Mittelpunkt und Randlage beschäftigte seit jeher die Wissenschaft und ist nicht nur in geostrategischer Hinsicht eine politische Determinante. Tektonische Bruchlinien und Konvulsionen haben in rasanter Abfolge gerade im 20. Jahrhundert immer wieder zu Neudefinitionen von Zentrum und Peripherie geführt. Das betrifft die Makroebene der Weltwirtschaft ebenso wie es im politischen Mikrokosmos Landes- und Regionalpolitik tangiert.

Die Globalisierung der Massenkommunikation, der Funktionssysteme und der Expertenkulturen scheint die Unterschiede zwischen Zentren und Peripherien weitgehend verwischt zu haben, während andere Phänomene und politisch-ethische Wertssysteme eine neue Polarisierung der Weltgesellschaft schaffen: Die Globalisierung des westlichen, demokratischen Verfassungsstypus und der westlichen Hegemonie-Ansprüche in ihrer normativen Alternativlosigkeit schufen auf der Welt Randbereiche, in denen sich gleich einem Gürtel – deckungsgleich mit reichen Rohstoffvorkommen – die Krisenherde von Mittelamerika über Afrika, den Mittleren Osten und das Kaspische Becken entlang des Äquators aufreihen.

Die Jahrhunderte der europäischen Welt dominanz, mit seinen Seemächten und gewaltigen Kolonialreichen, gehören der Vergangenheit an, denn das 20. Jahrhundert wurde schon bald zum amerikanischen Jahrhundert. Heute, nach der Jahrtausendwende scheinen wir auf ein asiatisches Jahrhundert zuzusteuern. Nicht zuletzt dank ihrer wirtschaftlichen Stärke waren die USA aus dem Ersten Weltkrieg als Weltmacht hervorgegangen und aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht. Nach der Implosion des Sowjetimperiums 1989 hatten sie ihren Widerpart verloren und blieben als alleinige Hypermacht zurück, als Hegemon der Welt. Hi-

storiker sahen damit das „Ende der Geschichte“ gekommen, doch sie sollte alsbald zurückkehren.

Nachdem die Zweiteilung der Welt, gekennzeichnet durch den stalinistischen Isolationismus Russlands, durch die Mao Tse-Tung'sche Abschottung Chinas und durch die Neo-autarkistischen Zielsetzungen Indiens, überwunden war, erleben wir die Rückkehr der halben Weltbevölkerung in ein arbeitsteiliges Weltwirtschaftssystem und damit ihre Rückkehr auf die politische Weltbühne. Vor allem China und Indien drängen mit riesigen und, im Gegensatz zur überalternden Gesellschaft Europas, wachsenden Bevölkerungsmassen ins Weltgeschehen, mit Hunger nach Rohstoffen und Durst nach Erdöl.

In diesen globalen Konstellationen droht Europa sich selbst zu marginalisieren. Die weltwirtschaftliche Dynamik zieht an Europa haarscharf vorbei, die Handelsströme zwischen Nordamerika und Asien laufen über die erstaunten Köpfe der EU-Wirtschaften hinweg, und der überhöhte Eurokurs zeugt davon, wie sehr die europäische Wirtschaft zwischen zwei Dollarrisien eingezwängt wird.

Die weltweit am raschesten wachsenden Haushalte finden sich heute in Asien, während die USA scheinbar verlässlich konstante Wachstumsraten verzeichnen. Nur Europa kämpft mit Stagnation und Arbeitslosigkeit. Das Beispiel der AT&S zeigt deutlich, dass innerhalb des Konzerns die asiatischen Untermehungen den österreichischen Standort und sein Überleben sichern. Und kehrt man von einer Asien-Reise zurück, so wird man sich schmerzlich bewusst, wie sehr Europa bereits heute zum Zaungast des Weltgeschehens geworden ist.

Aus der Perspektive der Weltwirtschaft und mehr noch unter den Vorzeichen politisch-globaler Bedeutung ist Europa zur Peripherie geworden. Die Gründe dafür sind sowohl in der mangelhaf-

ten europäischen Integration als auch in den Problemen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu suchen. 50 Jahre nach Unterzeichnung der „Römer Verträge“, 60 Jahre nach der Truman-Doktrin und dem Beginn der Marshallplanhilfe ist das Konglomerat Europäische Union bestenfalls zu einer Wirtschaftsmacht und Währungsunion gediehen. Eine zukunftsorientierte akkordierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die mehr ist als ein monetärer Stabilitätspakt, fehlt hingegen ebenso wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. In politischer und bürokratischer Hinsicht ist auch die verheerende „Nationalstaaterlei“ noch lange nicht überwunden.

Auch interne Probleme gefährden die Kraft der Europäischen Union, etwa die weit verbreitete, aber wenig fundierte Euro-Ablehnung, ein bedenklicher Trend zur wirtschaftlichen Re-Nationalisierung oder eine generelle EU-Skepsis, wie sie drastisch in der Ablehnung des Verfassungsvertrages durch Frankreich und die Niederlande manifest wurde, aber auch die anhaltende Reserviertheit Großbritanniens oder die wirtschaftliche wie politische Schwäche Italiens bergen Gefahren für eine gemeinsame Europäische Identität.

Irritierende Vielfalt anstelle von kohärenter Einheit mag zwar im kulturellen Bereich erfreulich sein und ist daher durchaus pfeilenswert und förderungswürdig. Auf anderen Gebieten ist die Integrationsverweigerung jedoch akut behindernd und künftig möglicherweise auch fatal: Europa droht, trotz der ambitionierten Lissabonner Prozesse mit dem Ziel, bis 2010 zum attraktivsten wachstumsstarken Standort der globalen Wissensgesellschaft zu werden, seine Chancen als Wissenschafts-, Universitäts- und Forschungsstandort zu verspielen.

Unter dergestaltigen Rahmenbedingungen muss sich Europa und mit ihm auch Österreich überlegen, welche Rolle es im

Kontext globalen Geschehens spielen will: Zentrum oder Peripherie. Österreich selbst ist aus einer Randlage, der prekären Nähe am Eisernen Vorhang während des Kalten Krieges, nach und nach durch Ostöffnung und EU-Erweiterungsschritte in das Zentrum Europas gerückt. Soweit zumindest der geographische Befund, der politische zeichnet einmal mehr ein anderes Bild. Österreich und all seine nationalen Organisationen haben bis zur EU-Reife noch einige Hausaufgaben aufzulösen. Im Bildungswesen besteht ebenso Nachholbedarf wie in der Forschung. Mängel in der Verkehrs-Infrastruktur und im IT-Bereich gilt es auszugleichen, in der Energiesicherung und im Energieausbau gibt es viel zu tun, und die Überwindung überbürokratischer Regulierungsichte sowie die Beseitigung der Fragmentierung bei den EVUs und im Gesundheits- und Sozialversicherungswesen sind eine dringliche Aufgabe einer umfassenden Bundesstaatsreform. Dies sind gewaltige Aufgaben, aber auch faszinierende Herausforderungen. Sie zu bewältigen sind wir künftigen Generationen von Europäerinnen schuldig.

*Dr. Hannes Androsch, Jahrgang 1938, österreichische Politiker-Legende der siebziger und achtziger Jahre als Finanzminister und Vizekanzler in den Kabinetten von Bruno Kreisky, ebenso legendär als Generaldirektor einer der größten Banken des Landes, der Creditanstalt-Bankverein, später Weltbank-Konsulent. Heute hält Dr. Androsch eine Reihe von industriellen Beteiligungen, engagiert sich in wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (errichtete unter anderem eine Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) und publiziert sich in zahlreichen Artikeln und Publikationen zum wirtschaftlichen und politischen Geschehen in Europa.*